

Young Corner



Österreich seit 1995 EU-Mitglied

Seit dem 1. Jänner 1995 gehört Österreich der Europäischen Union (damals EG) an. Seit dem 1. Jänner 2002 ist der Euro als Bargeld hierzulande im Umlauf. Im Vorjahr hatte die Alpenrepublik nach 1998 und 2006 zum dritten Mal die Ratspräsidentschaft inne. Foto: Reuters



26. Mai – wer darf wählen?

Wählen darf jeder österreichische Staatsbürger, der am Wahltag mindestens 16 Jahre alt ist. Außerdem sind alle Bürger der EU-Mitgliedsstaaten mit Hauptwohnsitz in Österreich bei der EU-Wahl wahlberechtigt.



Wertvolle Tipps zur EU-Wahl

Die EU-Wahl findet in Österreich am Sonntag, 26. Mai, statt. Nähere Informationen zu den EU-Wahlen oder zu verschiedenen Veranstaltungen in Vorarlberg sind direkt im aha erhältlich oder online auf der Webseite www.aha.or.at zu finden.

EU-BEGRIFFE

Schengen-Raum: In diesem Raum können Personen ohne Grenzkontrollen von einem Land ins andere reisen.

Erasmus+: Ist ein EU-Programm zur Förderung von Bildung, Jugend und Sport in Europa.

Brexit: Bezeichnet den Austritt Großbritanniens aus der EU.

EU-Parlament: Das EU-Parlament wird von den EU-Bürgern gewählt. Es entscheidet über Gesetze, beschließt das EU-Budget und wählt den Kommissionspräsidenten.

EU-Kommission: Sie übermittelt dem Rat der EU und dem Parlament Gesetzesvorschläge. Die Mitglieder werden für fünf Jahre gewählt.

EU-Ratspräsidentschaft: Jedes halbe Jahr übernimmt ein anderer Mitgliedsstaat den Vorsitz. Derzeit hat ihn Rumänien inne.



Beim Redaktionstag waren die aha Youth Reporter zu Gast bei W&W und recherchierten zur EU-Wahl. Foto: Sams, aha Youth Reporter, handout/Kampf

aha Youth Reporter: Thema Europa

W&W-Redaktionstag: Die Nachwuchs-Journalisten beschäftigten sich mit den EU-Wahlen und sprachen mit Landeshauptmann Markus Wallner.

aha Youth Reporter: Welchen Stellenwert hat die EU-Wahl am 26. Mai?

Markus Wallner: Es geht erstmal darum, das Wahlergebnis wahrzunehmen. EU-Wahlen leiden auch in



Die aha Youth Reporter baten LH Markus Wallner per Telefon zum Gespräch.

Österreich unter geringer Wahlbeteiligung. Wichtig wäre, die europäische Entwicklung ernst zu nehmen und vor allem auch die Stimme für ein Europa abzugeben. Es liegen viele Fragen auf dem Tisch, die gelöst werden müssen. Fragen der Sicherheit, Fragen der Asylpolitik, Fragen des Außengrenzschutzes, aber auch Bildungs- und Wirtschaftsfragen. Daher mein Aufruf: „Den 26. Mai nicht vergessen, sondern aufstehen und wählen gehen!“

aha Youth Reporter: Wie stehen Sie persönlich zur EU und zu Europa?

Markus Wallner: Gerade für Vorarlberg hat die EU eine enorme Bedeutung. Wir profitieren sehr stark von der europäischen Entwicklung. Vor allem im Bereich der Wirtschaft und der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir sind ganz nah an den europäischen Märkten, stark integriert in Europa – die EU ist für Vorarlberg alternativlos.

aha Youth Reporter: Sehen Sie sich als Europäer?

Markus Wallner: Meine Heimat ist Vorarlberg, wir sind alle Österrei-

cher, aber die europäische Zugehörigkeit ist auch für mich persönlich von großer Bedeutung.

aha Youth Reporter: Wie stehen Sie einem EU-Austritt gegenüber?

Markus Wallner: Es wäre ein massiver Rückschritt, wenn es so käme – wie man gerade in Großbritannien sieht. Insgesamt wäre es eine absolut rückwärtsgewandte Entwicklung, da es ein Rückfall in ein nationalstaatliches Konzept wäre. Das Auseinanderdriften der Staaten kann man niemals befürworten – ein gemeinsames Europa muss im Vordergrund stehen.

aha Youth Reporter: Wie profitieren junge Menschen von der EU?

Markus Wallner: Insgesamt profitieren die jungen Leute von einem stabilen Europa, von einem Europa mit mehr Sicherheit und auch von einem friedlichen Europa. Die vergangenen Generationen haben genau das Gegenteil sehr schmerzvoll erleben müssen. Man muss die Jugend immer wieder darauf aufmerksam machen, dass das nicht selbstverständlich ist. Es gibt aber auch viele neue Möglichkeiten, wie zum Bei-

spiel die gemeinsame Währung, die Wirtschafts- und Arbeitsplatzchancen. Man kann sich in ganz Europa frei bewegen, man kann in ganz Europa arbeiten und für Jugendliche bieten sich vor allem die Möglichkeiten der Reisefreiheit an. Man kann sich im gesamten europäischen Raum ausbilden, was ein ganz großer Vorteil gegenüber vergangener Generationen ist.

aha Youth Reporter: Haben Sie konkrete Vorschläge, wie man die Integration von Flüchtlingen verbessern kann?

Markus Wallner: Wir in Vorarlberg unternehmen sehr viel im Bereich der Integration. Wir sind ein Bundesland, welches von Anfang an Deutschkurse anbietet und Vereinbarungen getroffen hat, die auch eingehalten werden müssen. Voraussetzungen für gute Integration sind die Sprache lernen, einen Job finden und vor allem muss man sich integrieren und die Werte in Vorarlberg akzeptieren. Man darf keine Parallelschule aufbauen und nicht gegen uns, sondern mit uns leben wollen. Da verlangen wir auch den Integrationswillen.



Luna kümmerte sich unter anderem um das Layout für die geplanten Artikel.



Jan und Selina sorgten auch für Inhalte auf Social-Media.



Rebecca und Lucas bei der Recherche.

INFOS

aha Youth Reporter, präsentiert von WANN & WO

Infos: Motivierte Nachwuchs-Journalisten haben beim Projekt des aha – Jugendinfo Vorarlberg die Chance, erste Erfahrungen in dem spannenden Berufsfeld zu sammeln.

aha Youth Reporter für diesen Beitrag: Luna Bas, Jan Dobler, Lucas Ammann, Selina Nanning und Rebecca Eichbaum

Infos: www.aha.or.at/jugendteams

Welche Konsequenzen hat der EU-Uploadfilter?

Was genau bedeutet der Uploadfilter für das Internet und könnte dies das Ende der Meinungsfreiheit bedeuten?

Artikel 11 und Artikel 13, ein Thema, welches momentan das Internet in Aufruhr bringt. Nachdem der Gesetzesentwurf noch einige Monate zuvor abgelehnt wurde, wird nun wieder über die Einführung eines Uploadfilters verhandelt. Artikel 11 sieht ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger vor. Suchmaschinen wie Google und Co. sollen Medienhäuser bezahlen, wenn sie deren Überschriften oder Teaser verwenden. Artikel 13 wiederum macht Unternehmen, welche im Online-Bereich tätig sind, direkt für Urheberrechtsverletzungen verantwortlich. Bisher war es so, dass Urheber explizit nach unerlaubter Verwendung ihrer Inhalte suchen und diese melden mussten. Mit dem neuen Beschluss müssen Websitebetreiber bereits beim Upload Urheberrechtsverstöße erkennen und sollten diese löschen. Da dies aus rein technischer Sicht nur sehr schwer bis gar nicht möglich ist, hat unter anderem die YouTube-Chefin Susan Wojcicki

angekündigt, bei einer Umsetzung des Uploadfilters 35 Millionen Kanäle in Europa zu schließen. Nur Fernsehsender wie ProSieben, RTL und andere ausgewählte Partner dürften dann noch ihre Inhalte hochladen. Viele Nutzer befürchten damit das Ende von YouTube Europa. Um dies zu verhindern, mobilisieren sich zurzeit unzählige Kreative und Benutzer, um Artikel 13 den Kopf anzusetzen.

Europaweite Proteste

Julia Reda (Piraten Partei) berichtet in einem YouTube-Interview, dass viele Abgeordnete meinen, dass die Gegenstimmen im Internet nur „Bots“, also programmierte Internet-Roboter, seien. Da nun aber in ganz Europa Demonstrationen stattfinden, würde man jetzt erkennen, dass es sich hier um reale Menschen und potenzielle Wähler handelt. Es bleibt abzuwarten, wie sich Abgeordnete schlussendlich entscheiden werden. Bis dahin kann man für die Online-Petition unterschreiben, um den Beschluss des Artikels 13 zu verhindern. Inzwischen haben diese über 4,8 Mio. Menschen unterzeichnet.

Online-Petition gegen Artikel 13: <http://tinyurl.com/y4q3xbq>

Artikel 13 – Pro und Contra von Jugendlichen



Noelle, 13, Dornbirn: „Social-Media-Plattformen gehören zum heutigen Leben dazu. Der Beschluss von Artikel 13 würde bedeuten, dass viele Inhalte zum Beispiel von YouTube gelöscht werden würden. Dies würde eine große Umstellung bedeuten.“



Lara, 13, Dornbirn: „Ich finde die geplante EU-Gesetzgebung in Bezug auf den Upload-Filter nicht so schlimm. Es macht schon Sinn, dafür zu sorgen, dass Videos und Musik geschützt werden, um so eine illegale Verwendung zu verhindern.“



Sebastian, 14, Dornbirn: „Es ist problematisch für Instagram und YouTube, dass hochgeladenes Material gefiltert werden muss – ansonsten droht eine Strafe für die Anbieter. Es könnte zu einer Einschränkung der Meinungsfreiheit kommen.“

751 EU-Abgeordnete sitzen im Europäischen Parlament und vertreten die Interessen der EU-Bürger

19 EU-Abgeordnete werden von Österreich gestellt

28 Mitglieder hat die Europäische Kommission, die zuvor vom EU-Parlament gewählt werden

460 Millionen EU-Bürger werden durch das EU-Parlament vertreten

19 EU-Mitgliedsstaaten verwenden den Euro als gemeinsame Währung

24 verschiedene Amtssprachen gibt es in der Europäischen Union

26 Staaten gehören dem Schengen-Raum an, darunter auch Staaten außerhalb der EU

28 Staaten sind derzeit Mitglied in der Europäischen Union